

Kapitel 3: Solidarität sichern



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Christa Tast (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PB.S-01

Von Zeile 609 bis 613:

Pflegekräfte leisten einen unschätzbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Menschen, die Nicht zuletzt unter Pandemiebedingungen sind erneut Arbeits- und Lebensumstände in Einrichtungen der Pflege in den Focus gerückt. Wenn wir im Alter oder bei Krankheit Unterstützung brauchen, wünschen sich wir uns zu Recht Pflegekräfte, die sich professionell und mit Sorgfalt um sie kümmern können. Dafür brauchen Pflegekräfte Zeit für die Patient*innen und gute Arbeitsbedingungen. Das geht nur mit mehr Kolleg*innen. Prognosen zeigen jedoch einen zunehmenden Mangel in den Pflegeberufen. Um die Attraktivität der Pflegeberufe nachhaltig zu steigern, wollen wir Ausbildung und Selbstbestimmung der professionellen Pflege stärken. Ohne mutige Reformen wird sich dieser Trend in Zukunft fortsetzen. Daher unterstützen wir die generalisierte Ausbildung, setzen uns aber auch mit Nachdruck für die Akademisierung der Pflegeberufe ein. Durch vermehrte Angebote grundständiger Pflegestudiengänge wird das Ausbildungsniveau angehoben. Somit erhält der Pflegeberuf einen besseren Stellenwert in der Gesellschaft und bei Jugendlichen wird vermehrt das Interesse geweckt, die Pflege zu erlernen. Wir wollen durch verbindliche Personalbemessung – auch in der Langzeitpflege –, die bessere

Von Zeile 617 bis 619 einfügen:

im Arbeitszeitgesetz für den Gesundheitsbereich wollen wir beschränken, um Überlastung zu verhindern und den Personalverlust in Krankenhäusern einzudämmen. Das Renteneintrittsalter der Gesundheits- und Krankenpflegekräfte sollte gesenkt werden. Doch Wertschätzung braucht auch Löhne, die sie bezeugen – am besten über gute Tarifverträge. Wir wollen die gesetzliche

Von Zeile 621 bis 622:

bezahlen. Die Selbstorganisation und die Einflussmöglichkeiten der professionellen Pflege wollen sind ein wichtiger Faktor für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, daher fordern wir durch den Aufbau einer Bundespflegekammer unterstützen von Landespflegekammern in allen Bundesländern. LPK übernehmen zentrale Aufgaben in der Gestaltung und Qualitätssicherung in der Pflege. Die Bundespflegekammer stellt in Zukunft ein stimmberechtigtes Mitglied im Gemeinsamen Bundesausschuss

Begründung

Die Überschrift unseres gesamten Kapitels heißt: Wir geben Gesundheit und Pflege einen neuen Wert. Den Wert, bzw. die Wertschätzung, die hier für die Pflege gezeigt werden soll, muss auch an der Position des Unterkapitels erkennbar sein. Wenn die Wählenden blättern müssen bis sie im vorletzten Unterkapitel (kurz vor der Drogenpolitik) endlich die Pflege finden, wird der Inhalt des Kapitels auch nicht mehr Wertschätzung ausdrücken können. Der Inhalt zur Pflege muss ganz nach vorne, direkt nach den Inhalten zur Pandemie.

Warum? Weil die Pflege genau dort steht, ganz aktuell. Die Bedeutung, die die Grünen der Pflege geben wollen, wurde in der Pandemie nochmal besonders deutlich. Es wird

nicht an fehlenden Betten liegen und auch Beatmungsgeräte und ECMOs lassen sich organisieren - ABER keine Pflegenden. Und ohne Pflegende, die die Geräte bedienen, die Patienten versorgen, lässt sich das Gesundheitssystem in der Akut-, Langzeit- und Ambulanten Pflege nicht aufrecht erhalten. Eine Position am Beginn des Kapitels, dort wo es um die brandaktuellen Themen geht, zeigt wie relevant uns die Pflege, sprich der Pflegeberuf, wirklich ist.

Das Thema Pflegekammer muss ganz klar und deutlich weiterverfolgt werden. Inzwischen ist es ein Alleinstellungsmerkmal der Grünen. Die anderen Parteien haben sich mehr oder weniger ausdrücklich schon vor der Wahl von der Landespflegekammer verabschiedet. Seien wir doch in Baden-Württemberg mit unserer Landespflegekammer so mutig, wie bei anderen Themen. Seien wir Vorreiter. Alle Bundesländer schauen auf uns, wir sind ein zentraler Meilenstein beim Aufbau einer Bundespflegekammer. Seien wir so mutig und fordern eine Einsetzung der Kammer ohne weitere Befragung. Die Aufgaben sind klar, sie drängen, wir haben bereits repräsentativ befragt, die Arbeitsgruppen haben die Vorarbeiten fast vollständig abgeschlossen. Kein Grund mehr zum Zögern und Warten. Positionieren wir uns gemeinsam mit der Pflege gegen die Kammergegner.

weitere Antragsteller*innen

Corinna Fritz (KV Stuttgart); Amelie Montigel (KV Stuttgart); Sebastian Karl (KV Stuttgart); Manfred Knobloch (KV Zollernalb); Klaus Ernst Harter (KV Sigmaringen); Daniela Toscano (KV Böblingen); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Peter Petersen (KV Tübingen); Edith Ailinger (KV Reutlingen); Christine Stemke (KV Karlsruhe-Land); Elisabeth Kömm-Häfner (KV Heidenheim); Volker Dodillet (KV Tübingen); Pia Otto (KV Freiburg); Barbara Driescher (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Ricarda Deres (KV Aalen-Ellwangen); Dorothee Wesselkamp (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Lioba Burck (KV Karlsruhe); Britta Raatschen (KV Karlsruhe-Land); Andreas Marg (KV Neckar-Bergstraße); Norbert Knopf (KV Kurpfalz-Hardt); Astrid Böhm (KV Rottweil); Volker Stelzer (KV Karlsruhe-Land); Anne Rameil (KV Cloppenburg); Oliver Kutz (KV Tübingen); Klaus Tischler (KV Tübingen); Hermann Schrag (KV Pfaffenhofen); Marina Steindor (KV Stuttgart); Anja Susanne Dessauvagie (KV Hamburg-Wandsbek); Manuela Rottmann (KV Bad Kissingen); Roman Wick (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Sebastian Petznick (KV Breisgau-Hochschwarzwald)